

Verantwortlicher Redakteur: A. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: A. Graumann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Beilagen 30 Pf.

Abend-Ausgabe.

Annahme von Anzeigen Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten
Deutschlands: H. Hoff, Dahlenstein & Vogler, G. L. Damb, J. Inalldenbank, Berlin Verh. Arndt, Mar. Gerthmann, Silberfeld & Thienens, Greifswald G. Jülich, Halle a. S. Jul. Barts & Co. Hamburg Joh. Nothmann, A. Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M. Heinrich Glaser. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

35. Plenar-Sitzung vom 5. März.

11 Uhr.

Am Ministertische Kultusminister Dr. Boffe und Kommissarien.

Die Beratung des Kultussetzes wird bei dem Kapitel „Katholische Geistliche und Kirchen“ fortgesetzt.

Auf die Erklärung des Abg. Dautzenberg (Ztr.), daß der Kultusminister durch sein Auftreten zum Teil das Vertrauen des Zentrums eingebüßt habe, erwidert Minister Boffe, er fürchte sich nicht vor dem Mißtrauen des Zentrums, sondern nur vor Gott und seinem Gewissen.

Abg. Graf v. Strachwitz (Ztr.) verlangt den Wegfall des Staatspostens für den altkatholischen Bischof, da nach dem Tode des Bischofs Reintens weder eine rechtliche noch moralische Verpflichtung zu dieser Ausgabe mehr bestehe.

Der Kultusminister erwidert, es seien keine Nova eingetreten, welche die Staatsregierung nöthigten, ihre Stellung gegenüber den Alt-katholiken zu ändern.

Die Abgg. Friedberg (natlib.) und Graf v. Limburg-Sturum (Konf.) sprechen sich für Wiederbewilligung des Postens aus, welche auch erfolgt.

Dem Wunsch des Abg. Krawinkel (natlib.), daß die Provinzialschulrathstellen vermehrt und aufgebessert werden möchten, und daß den höheren Stadtschulen das Recht gegeben werde, ihre Abiturienten vor einem königlichen Kommissar das Einjährigengemach ablegen zu lassen, wird vom Geh. Oberregierungsrath Stauder widersprochen.

Berichterstatter Abg. Weber-Galberts (natlib.) weist darauf hin, daß zum ersten Mal in den Etat eine Kommission für die wissenschaftliche Prüfung der Lehrerinnen eingekauft ist, und erludt die Regierung, auch solche Damen zum Oberlehrerinnen-Examen zuzulassen, welche das Abiturientengemach bestanden und Universitätsstudien gemacht haben.

Abg. Friedberg (natlib.) bringt Fälle zur Sprache, in denen der Minister theologische Professoren eingesetzt hat, ohne die Fakultäten zu fragen, und stellt das als Vergeßlichkeit der freien Forschung und der Organisation der deutschen Hochschulen dar. Durch diese Maßnahmen sei die orthodoxe Richtung gegen die liberale, historisch-kritische bevorzugt worden.

Der Kultusminister bedauert, daß Professoren selbst den Ausdruck „Straßprofessor“ erfinden hätten, der nur ihre eigene Stellung schädigen könne. Die Regierung beziehe als Professoren lediglich in Rücksicht des wissenschaftlichen Bedürfnisses und im Interesse des Nachwuchses für die evangelische Landeskirche. Als ausgesprochener Vertreter der akademischen Freiheit berücksichtige er alle wissenschaftlich legitimirten Richtungen der evangelischen Theologie. Es handle sich nicht um Eingriffe in die Lehrfreiheit, sondern um Ergänzung derselben, wenn er sich zuweilen nicht nach den einseitigen Wünschen der Fakultäten richte. Die Berufung der Professoren sei ein ganz zweifelloses Recht der Krone, würden einseitige Richtungen in den Fakultäten den Ausschlag geben, so werde gerade dadurch das Gedeihen der Universitäten in Frage gestellt. Der Minister führt Fälle auf, in denen auch hervorragende liberale Männer gegen den Willen der Fakultät berufen worden sind.

Abg. Weyerbusch (freikons.) stimmt den Darlegungen des Ministers insbesondere mit Bezug auf die Verhältnisse in Bonn zu.

Abg. Lückhoff (freikons.) ebenfalls, indem er die tatsächliche Berücksichtigung der Reformierten anerkennt.

Abg. Birchow (fr. Volksp.) rügt, daß in Berlin zu viele unbesoldete ordentliche und außerordentliche Professoren gemacht worden seien, und daß den Universitätsinstituten die vom Landtage bewilligten Mittel nicht vollständig ausfielen.

Geh. Oberregierungsrath Althoff erwidert, daß der erste Teil des Vorredes sich gegen eine vergangene Periode richte, und daß der zweite unbedeutend sei; die Universitätsinstitute würden rechtlich dotiert, und der Vorredner selbst mache bei seinem eigenen, dem Berliner pathologischen Institute, Erfahrung.

Dem Haupte ist ein Nachtragsetz zugegangen, welcher auf Vortrag des Vizepräsidenten Fehren. v. Heereman sofort der Budgetkommission zugeht.

Darauf vertagt sich das Haus.
Nächste Sitzung morgen 11 Uhr.
Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Beratung.

Die Krisis in Italien.

Ueber die Schlacht bei Adua liegen nähere Nachrichten vor. Der Kriegsberichterstatter der „Tribuna“ giebt Aufklärungen über die Vorgeschichte der Schlacht. Am 23. Februar hatte Baratieri beschossen, über Debra Damo nach Abi Gaze zurückzugehen, weil der Feind bei Adua die Fühlung aufgehoben hatte und eine Umgehung befürchtet werden konnte. Mittags zog der gesamte Trup ab, die weißen Truppen sollten am 24. früh folgen, die Asari bis zur Beendigung des Abzugs im Lager bei Saurat bleiben. In Folge der Meldung vom Vorgehen des Feindes nach Gumbet erfolgte Gegenbefehl, das Bataillon Ameglio wurde nebst 500 Irregulären nach Gumbet geschickt; aber da es ungewiß blieb, ob er dem Feinde zuvorkommen sei, unternahm Baratieri selber am 24. Mittags den früher gemeldeten Vormarsch mit 14 Bataillonen gegen Adua, um die Abzucht des Feindes zu erkunden und dessen Marsch über den Mareb aufzuhalten. Er fand nur schwache Streitkräfte in den alten Stellungen, worauf Baratieri Abzimmte, die zurückwichen, worauf Baratieri Abzimmte nach Saurat zurückmarschierte. Hier erfuhr er am 25. Morgens, daß abessinische Heeresabtheile von Gumbet zurückgezogen seien, und sandte deshalb nach Debra Damo und Waimarat Befehl, den Weitermarsch des Trupps einzustellen. Aber die neuen Anordnungen und die beständige Verminderung der brauchbaren Lastthiere erschweren die Verpflegung der Armee bedenklich, so daß die Offiziere auf Soldatenration gesetzt werden mußten und die Asari

nur noch wenig Gerste erhielten. Baratieri scheint den Angriff aus einer Art Verzweiflung beschlossen zu haben, um nicht einen unruhigen Rückzug aus Verpflegungsnoth anzutreten. Er fand die Zustimmung der Generale und meisten Stabschefs, dagegen entschiedenen Widerspruch beim Generalstabsmajor Salsa und den abgesehenen Afrikaspezialisten, die auf die mangelnde Erkundung des Geländes hinwiesen. Der schon beschriebene Angriff erfolgte zwischen Schelloba und den Semajatabergen. Der linke Flügel unter Albertone, den die Abessinier mit gewaltiger Uebermacht anfielen, kämpfte bewundernswürdig, die Asari machten glänzende Gegenangriffe; die vierzehn Geschütze spieen stundenlang Feuer, als schon der Rückzug in Sicht ausgeartet war. Weber Zentrum noch rechter Flügel konnten im ungünstigen Gelände den linken Flügel unterstützen oder auch nur ihre Artillerie ins Gefecht bringen, alles wurde mitgerissen. Vergebens suchten Baratieri und Arimondi, den Revolver in der Faust, die fliehenden Scharen aufzuhalten, denen der flüchtendste Feind auf den Fersen war. Man erzählt zahlreiche Episoden von persönlicher Tapferkeit der Offiziere und Soldaten. Nach den ersten Nachrichten glaubte man an ein allgemeines Blutbad. Nach neueren Meldungen ist die Niederlage viel geringer. Die auf dem Rückzug befindlichen und aufgelösten Kolonnen kommen nach und nach an. Die Schapaner legen die Verfolgung nicht fort. Am Vormittag des 2. März langten die ersten Flüchtigen in Abi Gaze an. Major Salsa sammelte 1500 Mann, die er nach Abi Gaze führte. 150 Mann kamen mit Baratieri und Elena in Abi Gaze an. Die Flüchtlinge hatten in dem vom Feinde überhimmten Gebiet zahlreiche Brände wahrgenommen. Viele Vermisste glaubt man gefangen.

Die Aufregung in ganz Italien ist groß, besonders zeigt sich dies in der Hauptstadt. Die Zugänge zum Gebäude der Abgeordneten-kammer sind von einer dichtgedrängten Menschenmenge besetzt. Der Saal, die Gallien, auch die Diplomatenloge sind überfüllt. Ministerpräsident Crispi zeigt den Eintritt des Kabinetts an und erklärt, daß der König sie angenommen hat. (Kongehalten der Beifall auf mehreren Bank; Rufe: „Es lebe der König!“) Lebhafte Zwischenrufe auf der äußersten Linken. Crispi erklärt alsdann, daß die Minister zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung bis zur Ernennung der Nachfolger auf ihren Posten verbleiben werden. (Große Unruhe und laute Rufe auf der äußersten Linken.) Der Präsident erwidert das Haus, sich zu vertagen, bis die Krone ihre Entscheidung getroffen haben werde. (Andauernder Lärm auf der äußersten Linken.) Die Sitzung wird unter großer Erregung geschlossen.

Als der Präsident der Kammer die Sitzung aufhob, beschwerten sich mehrere Abgeordnete, da einige von ihnen di Rudini aufgefordert hätten, zu sprechen, und weil die äußerste Linke den Antrag eingebracht hatte, das Kabinet in Aufstandszustand zu versetzen. Nach der Sitzung kam der Präsident der Kammer in eine Versammlung der Opposition und legte die Gründe dar, die ihn bewogen hätten, die Sitzung zu schließen; außerdem übernahm derselbe den Auftrag, dem Könige den Wunsch der genannten Versammlung zu übermitteln, daß die Krone sobald wie möglich gelöst werden möge. Hierauf begab sich der Präsident in das Quirinal. Auf mehrere Senatoren waren in der Versammlung zugegen und sprachen die Zuversicht aus, daß der König die Krone schnell lösen werde.

Im Senat gab Ministerpräsident Crispi die gleiche Erklärung wie in der Kammer ab. Auf Ersuchen des Präsidenten vertagte sich sodann der Senat auf unbestimmte Zeit.

Der „Opinione“ zufolge stehen drei Persönlichkeiten im Vordergrund, von denen eine mit der Bildung des Kabinetts betraut werden solle, es sind dies: di Rudini, Saracco oder Brin. Das Blatt glaubt, der König werde di Rudini mit der Mission betrauen, welcher im Einverständnis mit Brin vorgehen werde. Die „Tribuna“ meint, Nicotri würde den Auftrag zur Kabinettsbildung erhalten, derselbe werde im Einverständnis mit di Rudini vorgehen.

Die Regierung wird den General Baratieri vor den Kriegsrath stellen, unter der Auflage, im Feuer seine Truppen verlassen zu haben (?). Die Zahl der bei Adua gefallenen Offiziere wird auf etwa 150 berechnet.

Ueber die Demonstrationen in Rom meldet ein Korrespondent des „V. T.“:

„Die Demonstrationen dauerten noch bis zum Einbruch der Nacht, wo starker Regen den Sicherheitsbehörden zu Hilfe kam. Vorher trugen sich noch an verschiedenen Stellen wilde Straßenkämpfe zu. In der Via Tritone und anderen Straßen schlug das zum Teil aus der gemeinsten Volkschefe bestehende Gefindel Fenster von Geschäften ein. Unter dem Janhugel befanden sich, wie sich bei der Verhaftung der Räuberführer ergab, zahlreiche alte Bekannte der Polizei und Landgendarmen, die am lautesten mitbrüllten. In der Villa Crispi und im Gebäude des „Popolo Romano“ wurden Fenster eingeschlagen. Dem Fürsten Dessealchi, dem das Pöbel zufällig begegnete, warf man Steine ins Gesicht und verlangte von ihm, er möge „Doch Menest!“ rufen. Der Fürst weigerte sich energisch und wurde grollig beschimpft. Andere Volkskrieger brachten Schreie auf, Dessealchi, den Führer der sizilianischen Erhebung, aus. Man schrie: „Wenn das Parlament ihn nicht befreit, befreien wir das selbst.“ Als die stammernde Fühlung zu Ende war, wurden Minister Sonnino und Baccelli sowie die ministeriellen Abgeordneten, die die Menge erkannte, fürchterlich ausgepöbeln, dagegen brachte man Cavallotti, Zanarini und den übrigen Radikalen stürmische Ovationen dar. Die Geschäfte des Zentrums wurden, da von einem Theil der Menge nichts Gutes zu erwarten war, in Eile geschlossen. Tramway- und Omnibusverkehr stockte längere Zeit. Alle Häuser verurtheilte die heutigen Pöbelereisse schürfens. „Sanfilla“ appelliert an die Nationalwürde, die durch derartige Vorgänge mit Füßen getreten werde. Die „Opinione“ hofft, daß alle guten Bürger die Polizei unterstützen werden. Die mit Arbeitslosen und Anarchisten vermischte Menge habe bereits versucht, die Läden zu plündern.“

Deutschland.

Berlin, 6. März. Ein neuer bimetalistischer Antrag soll, wie die „Deutsche Tageszeitung“ in ihrer Abendausgabe vom 4. d. M. mittheilt, im Reichstage eingebracht werden. Das spezielle Organ des Herrn Dr. Wendt, das „Deutsche Wochenblatt“, weist dagegen hiervon am 5. d. M. noch nichts zu melden. Nach seiner Ansicht soll seitens der deutschen Bimetallisten jeder Schritt unterbleiben, bis am 17. d. M. im britischen Unterhause die Abstimmung über einen bimetalistischen Antrag stattgefunden hat. Gleichviel wann angesichts dieses Widerspruchs der bimetalistische Antrag im Reichstage eingebracht wird — falls es in der Zeit von dem agrarischen Blatte vielleicht indiskreter Weise veröffentlichte Fassung geschieht, so ist es babei, wie bei dem ähnlichen Vorgänge im vorigen Jahre, in Wahrheit auf eine währungspolitische Baucranfänger abgesehen. Im vergangenen Jahre haben die Bimetallisten für den von ihnen eingebrachten Antrag im Reichstage eine große Anzahl von Unterschriften gefunden, weil derselbe nach seinem Wortlaut zu nichts verpflichtete sollte; bei den späteren Verhandlungen des Herrenhauses und des Abgeordnetenhauses wurde dieser Beschluß von ihnen dahin ausgelegt, daß die Mehrheit des Reichstages sich schließlich für den Bimetallismus erklärt habe. Nach dem neuen Antrag sollen, wie die „Deutsche Tageszeitung“ mittheilt, die verbundenen Regierungen Alles thun, „um durch ein internationales Uebereinkommen ein festes Verhältniß zwischen Silber und Gold herzustellen.“ Künftig ist hierbei keine bestimmte Angabe über das Verhältniß gemacht. Fände sich aber im Reichstage eine Mehrheit für einen solchen Antrag, so würde ihr Beschluß alsbald dahin ausgelegt werden, daß der Reichstag sich für das Verhältniß von 1 zu 15½ erklärt habe, denn kein anderes Verhältniß sei für den internationalen Bimetallismus annehmbar, für den sich der Reichstag doch schon im vorigen Jahre erklärt habe. Indessen werden hoffentlich grade die im vorigen Jahre gemachten Erfahrungen nicht ohne gute Wirkung bleiben. Die Reichsregierung wird, gestützt auf den einstimmigen Beschluß des Bundesraths, sich nicht wieder auf ein vorläufiges Versprechen einlassen, wie wenig es auch zu enthalten scheinen mag, und die Mehrheit des Reichstages wird nicht wieder für einen bimetalistischen Antrag zu haben sein, wie unvernünftig auch sein Inhalt hingestellt werden mag.

— Man befürchtet, daß im Abgeordnetenhause die zweite Lesung des Stats, selbst unter Zuhilfenahme von Abänderungen, erst in den letzten Tagen der nächsten Woche, vielleicht selbst erst mit Ablauf derselben zu Ende gebracht werden kann. Abänderungen werden erst nach der Mitte des Präsidenten v. Köller möglich; von dem nächsten Montag ab wird aber auf Abänderungen Bedacht genommen werden müssen, sofern die Verhandlungen für den Kultussetz so langsam wie bisher fortschreiten. Will man den Etat im Abgeordnetenhause so zeitig zum Abschluß bringen, daß das Herrenhaus vor der Osterpause mit seiner Staatsberatung zu Ende kommen kann, so wird mit der dritten Lesung im Abgeordnetenhause am Montag, den 16. März, begonnen werden müssen. Je nachdem die zweite Lesung im Abgeordnetenhause zum Abschluß gelangt, wird dort daher zwischen dieser und der dritten Lesung Raum für die Interpellation Kling wegen Verstärkung des Schutzes gegen Diebstehlen und die erste Lesung des Anwerbegesetzes sein, oder die dritte Lesung sich unmittelbar an die zweite anschließen müssen. Eine Verzögerung des letztgedachten wichtigen Gesetzes würde dadurch nicht herbeigeführt werden, weil die mit der Vorberatung derselben betraute Kommission doch vor den Osterferien, welche ebenfalls spätestens am 27. März beginnen dürften, ihre Arbeiten nicht beenden kann.

— Im dienstlichen Interesse erscheint es geboten, daß der Direktor der Staatsarchiv gleichzeitig auch Direktor des Geheimen Staatsarchivs zu Berlin ist. Aus dieser doppelten Stellung erwachsen aber dem betreffenden Beamten so umfangreiche Geschäfte, daß er sie nicht immer in wünschenswerther Weise voll wahrzunehmen vermag. Es ist deshalb notwendig, daß ihm sofort in seiner Stellung als Direktor der Staatsarchiv, wie auch in seinen Geschäften beim Geheimen Staatsarchiv zu Berlin ein fähiger Vertreter für Behinderungsfälle zur Seite gestellt werde. Diese ständige Vertretung kann nur einem Beamten des Berliner Archivs übertragen werden; es wird daher in einem dem Abgeordnetenhause gestern zugegangenen Nachtrage zum Etat für 1896—97 vorgeschlagen, für diesen Beamten eine pensionsfähige persönliche Zulage von jährlich 4000 Mark bereitzustellen.

— Die „Kreuzzeitung“ begrüßt in einer Erörterung, die sich nicht durch sonderliche Klarheit auszeichnet, „das Vorgehen der deutschkonfessionellen Fraktion des Reichstages, die auf die Ehe bezüglichen Paragraphen des bürgerlichen Gesetzbuches abzuändern, mit Genugthuung“. Es handelt sich bekanntlich um die Abzucht, die seit länger als zwanzig Jahren bestehende obligatorische Zivilehe durch die fakultative zu ersetzen, d. h. Jedermann die Wahl zu lassen, ob er die Ehe vor dem Standesbeamten schließen will, worauf jetzt fast immer die kirchliche Einsegnung folgt, oder nur vor dem Geistlichen. Ein positiver Erfolg dieser konfessionellen Unterfütterung des Zentrums ist ausgeschlossen; sie kann aber dazu beitragen, die ohnehin sich sehr schleppend gestaltende Kommissions- und später die Plenarberatung aufzuhalten. Wie die „Nat.-Ztg.“ hört, ist die konservative Fraktion auch keineswegs einig in der Absicht der Demonstration gegen die obligatorische Zivilehe; als Gegner einer solchen Demonstration werden hervorragende Mitglieder genannt.

— Zu dem der national-liberalen Fraktion des Abgeordnetenhauses eingebrachten Antrag auf beschleunigte Vorlegung eines Gesetzesentwurfes über die Medizinalreform und gleichzeitige Regelung der Stellung der Kreisphysiker schreibt die „Nat.-Lib. Corr.“:

„Der Antrag entspricht der Stellung, die von Seiten der national-liberalen Partei schon seit langen Jahren in der Frage der Medizinalreform eingenommen worden ist. Es wird in dieser Frage endlich etwas mehr erwartet, als wohlwollende Äußerungen vom Regierungssitze,

wie sie in den letzten Jahren üblich gewesen sind; man ist nicht geneigt, sich mit der ebenfalls stereotyp gewordenen Erklärung zufriedenzugeben, die Medizinalreform sei „in voller Vorbereitung begriffen“. Der Antrag ist auch um deswillen zeitgemäß, weil er einen indirekten Protest gegen die vor einiger Zeit kolportirte und ohne autoritative Widerlegung gebliebene Meldung enthält, die Medizinalreform, soweit sie das Physikat zum Hauptamt und den Physikus zum ausübend befähigten, pensionsberechtigten Beamten zu machen bezwecke, sei am Widerstande des Finanzministers „endgültig gescheitert“. Jetzt wird man erfahren, was es damit auf sich hat. Der Kultusminister Boffe hat im vorigen Jahre unumwunden zugestanden, daß es noch Kreisphysiker gebe, „mehr als wünschenswerth“, die, um existiren zu können, ihrer Privatpraxis eine Ausdehnung geben müßten, die mit der Wahrnehmung ihrer Amtsgeschäfte kollidire. Nach einer im Jahre 1894 angestellten Enquete haben die meisten Kreisphysiker an feststehenden Einnahmen aus ihrer amtlichen Thätigkeit „nicht unter“ 2000 Mark jährlich. Und das für die Beamten, die in erster Linie die sanitären und medizinal-polizeilichen Interessen eines ganzen Kreises wahrzunehmen haben! Die Hauptsache ist die prinzipielle Verfestigung der Kreisphysiker, deren Befolgung mit 900 Mark jährlich ein Anachronismus ohne Gleichen ist. Hand in Hand damit wird die Erweiterung der Amtsbefugnisse der Kreisphysiker zu gehen haben, die von sachverständiger Seite, insbesondere von dem Abg. Dr. Graf, längst im Interesse der öffentlichen Wohlfahrt gefordert worden ist. Die formale Schwierigkeit der Einfügung dieser Gesundheitsbeamten in die Kreisaustrühe und in die umgestalteten Sanitätskommissionen der Städte kann kein ernstliches Hinderniß der Reform bilden.“

Dresden, 5. März. Die zweite Kammer trat heute in die Beratung des Gesetzes, betreffend die Wahl zur Ständeverammlung, ein und nahm nach längerer Debatte in namentlicher Abstimmung mit 56 gegen 23 Stimmen den Paragraph 1 nach der Regierungsvorlage an; dieser Paragraph lautet: Die Abgeordneten für die zweite Kammer der Ständeverammlung werden von Wahlmännern in Wahlkreisen, und die Wahlmänner von Wählern in den Wahlbezirken gewählt.

Oesterreich-Ungarn.

Mentoue, 5. März. Der Kaiser von Oesterreich besuchte heute Mittag den Präsidenten Faure in der Mairie, Präsident Faure empfing den Kaiser am Eingang und begab sich mit diesem in das Zimmer des Maires, wo er ihm die Minister, welche ihn begleiteten, vorstellte. Die französischen Minister zogen sich sodann zurück. Der Kaiser blieb mit dem Präsidenten allein und hatte mit diesem eine zwanzig Minuten dauernde Unterredung. Nach der Unterredung stellte der Kaiser dem Präsidenten die Grafen Paar und Wolfenstein vor. Beim Abschied begleitete der Präsident den Kaiser bis zur Treppe. Eine zahlreiche Volksmenge begrüßte den Kaiser bei der Ankunft und Abschied mit den Rufen: „Es lebe der Friede.“ Militär- und Alpenjäger erwiesen die militärischen Ehren. Der Kaiser sprach dem General Gieblhart seine Zufriedenheit über die Haltung der Truppen aus.

Paris, 5. März. Abgeordnetenhause. Nach der erfolgten dritten Lesung der Indemnitäts-Vorlage wird die Spezialdebatte des Handels-Budgets fortgesetzt. Beim Titel „Staatsbahnen“ fordert der Abgeordnete Bolommi den Finanzminister auf, sich über die Raab-Desprez-Dombövarer Signalbahnen und bezüglich der angeblichen Vetheiligung des früheren Ministerpräsidenten Grafen Fierstein auf denselben zu äußern. Der Finanzminister Daniel erklärt, die Behauptung, daß Graf Fierstein als Minister Konzeptionär für den Bau der erwähnten Bahnen gewesen, sei falsch. Bezüglich der Eisenbahnbrücke an der unteren Donau sei noch nicht entschieden, ob dieselbe zwischen Ujaja-Battasget oder zwischen Gombos-Erödd errichtet werden würde. Fortsetzung der Beratung morgen.

Frankreich.

Paris, 5. März. Während die amtlichen Depeschen nur einen kurzen Auszug aus der Rede, die Felix Faure gestern in Nizza gehalten hat, geben, veröffentlicht der „Temps“ heute deren Wortlaut. Daraus ist folgende Stelle interessant: „Nachdem Faure geschriebe hat, daß der erste Anschluß Nizzas an Frankreich zur Zeit der Revolution durch den freien Willen des Volkes erfolgt war“, fährt er fort, „so wurde das Prinzip aufgestellt, daß der Sieg nicht genügt, um dem Rechtskraft zu verleihen, was der Wille eines freien Volkes nicht sanktioniert hat.“ Langanhaltender Beifall folgt diesen Worten des Präsidenten. Die Franzosen haben also diese Anspielung auf Napoleon III. wohl verstanden. Die Wiederherstellung des Napoleonischen Prinzipes des Plebiszits wirkt aber um so formidabler, als die Welt und die Geschichte weiß, unter welchen Umständen im Jahre 1860 das Plebiszit, welches den erneuten Anschluß Nizzas an Frankreich aussprach, zu Stande gekommen ist. (Die Red.)

Paris, 5. März. Wie der „Temps“ aus Madrid meldet, ermächtigte der Minister der Marine, zwei bereits fertige Kreuzer für den Preis von 6 Millionen anzukaufen und bewilligte bedeutende Summen zum Ankauf von Waffen.

Paris, 5. März. Der Budgetauschuss der Kammer hat nach einem mehrtägigen Meinungsaustausch, in dem die meisten Mitglieder, wie vorausgesehen war, die Einführung der Einkommensteuer nach dem Entwurfe des Finanzministers Doumer als unmöglich, die Finanzen der Steuerpflichtigen und des Staats schädigend hingestellt hatten, seinem Generalberichterstatter Paul Delombre Auftrag erteilt, einen Spezialbericht über die Einkommensteuer auszuarbeiten. Derselbe wird Ende dieser oder Anfang nächster Woche zur Berlesung gelangen und eine Antwort auf die Andeutungen des Finanzministers enthalten, nach denen die Kommission mehr einem Parteizwecke als den wahren Interessen des Landes dienen wolle.

Italien.

Rom, 5. März. Die in der Stadt verbreiteten unglücklichen Gerüchte über den Gesundheitszustand des Papstes sind vollständig falsch. Der Papst befindet sich vollkommen wohl und ertheilt heute mehreren Personen Audienzen, unter anderem dem Bischof von Orta und dem Grafen Festetics.

Mailand, 5. März. Die internationale Friedensgesellschaft organisiert für den nächsten Sonntag eine öffentliche antiritalianische Kundgebung, zu welcher alle Einwohner eingeladen sind.

England.

London, 5. März. Unterhaus. Chamberlain erklärt, nach einer telegraphischen Mittheilung Robinsons habe die Transvaalregierung den britischen Agenten in Pretoria benachrichtigt, sie habe keine Kenntnis von der angeblichen Korrespondenz zwischen Krone und Willoughby. Krone sei zur Aufklärung der Angelegenheit nach Pretoria berufen. Chamberlain ist der Ansicht, daß der Kommandant der Buren-Streitkräfte bestimmte Befehle hatte, auf bedingungslos Uebergabe zu bestehen, daß aber gleichwohl Krone Willoughby das Anerbieten machte, sein und seiner Leute Leben zu schonen, wenn sie die Waffen niederlegen und die Zahlung einer Entschädigung versprechen würden und daß Krone damit seine Machtbefugnisse überschreite. An dem guten Glauben des Präsidenten Krüger zu zweifeln, liege für ihn kein Grund vor. Im weiteren Verlaufe der Sitzung fragte Foster, ob Schritte gethan worden seien zur Förderung der am 26. Februar v. J. von dem Unterhause einstimmig angenommenen Resolution zu Gunsten einer Mitwirkung bei einer internationalen Minikonferenz. Der erste Lord des Schatzes Balfour erwiderte, seit der Antwort, die er im August v. J. gegeben habe, habe sich nichts ereignet, was ihn zu dem Glauben veranlassen könnte, daß durch eine von der englischen Regierung in dieser Angelegenheit zu ergreifende Initiative irgend etwas gewonnen werden könnte.

London, 5. März. (Meldung des „Reuterschen Bureau“.) Garnor Williams, Generaldirektor der Debeers-Minen, wurde in Kimberley verhaftet, weil er ohne Erlaubnis Waffen bei Seite geschafft hatte. Nachdem eine Bürgschaft von 1000 Pfund gestellt war, wurde Williams freigelassen.

Schweden und Norwegen.

Christiania, 5. März. Der „Norwegische Schriftsteller-Verein“ nahm einstimmig eine Resolution an, in welcher die Regierung Norwegens erlucht wird, den Anschluß an die „Berliner Konvention“ möglichst zu beschleunigen, ohne die Zustimmung Dänemarks abzuwarten. Henrik Ibsen hatte den Anschluß dringend empfohlen.

Amerika.

Washington, 5. März. Die Kommissionen des Senats und des Repräsentantenhauses werden heute zu einer Beratung zusammengetreten. Nach kurzer Besprechung wurde der Beschluß des Repräsentantenhauses in Betreff Kubas an Stelle des ebenfalls die kubanische Frage betreffenden Beschlusses des Senats angenommen.

22. Provinzial-Landtag von Pommern.

IV.

Stettin, 7. März.

Die heutige (4. und letzte) Sitzung wurde um 10 Uhr Vormittag von dem Präsidenten Wirtl. Geh. Rath v. Köller v. Stantred eröffnet und war nur von kurzer Dauer. Der Haushalts-Etat für 1896—97 wurde festgesetzt, derselbe beläuft im Ganzen mit 4 387 700 Mark, und zwar betragen die laufenden Einnahmen und Ausgaben 3 762 700 Mark, die des Extraordinariums 625 000 Mark. — Weiter wurden zu stellvertretenden Mitgliedern gewählt: die Herren Rittmeister a. D. v. Braunschweig-Moltke, Bürgermeister Niehse-Pyriz, Geh. Regierungsrath und Landrath Graf v. Mittberg-Walfanz und Nittergutsbesitzer Freiherr v. Steinacker-Mosenfelde. — Damit waren die Arbeiten des Provinzial-Landtages erledigt, der Herr Oberpräsident v. Buttkeamer Excellenz sagt den Abgeordneten Dank für ihre Mitwirkung und schließt den 22. Provinzial-Landtag. Herr von Köller-Schantz schließt die Verhandlungen mit einem begeisterten aufgenommenen Hoch auf Se. Majestät den Kaiser.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 6. März. Wir haben bereits in letzter Nummer dieses Blattes mitgetheilt, daß sich der Bundesrath in seiner gestrigen Sitzung damit einverstanden erklärte, daß in Stettin auf den der Stadtgemeinde gehörigen bisherigen Müllwiesen ein Freibezirk errichtet werde. Die Müllwiesen sollen zu diesem Zweck ausgebaut und mit Anlagen versehen werden. Der preussischen Regierung ist es überlassen, die nähere Begrenzung des Freibezirks vorzunehmen und das Regulativ für denselben festzustellen. Dieses soll den in Bremen geltenden Bestimmungen nachgebildet werden, wonach insbesondere der Freibezirk vollständig als Aus-land zu behandeln sein wird und demzufolge der Schiffsverkehr, die Ein- und Ausfuhr, sowie die Lagerung und Behandlung aller Waaren im Wesentlichen von Zollkontrollen befreit ist. Die Einrichtung des Freibezirks hat sich als nothwendig herausgestellt, weil der Stadt Stettin, als dem größten preussischen Hafenplatz für den Seeverkehr, gegenüber den Nachbarn, welche ihrem Handel aus der Anlage des Kopenhagener Freihafens wie aus dem durch die Eröffnung des Kaiser Wilhelm-Kanals verstärkten Wettbewerb Hamburgs und anderer Nordseehäfen erwachsen können, nur durch die Errichtung eines Freibezirks die Konkurrenzfähigkeit im überfüllten Verkehr gesichert werden kann.

